

# Europäische Strukturpolitik





## Impressum

### Herausgeber:

Die sozialdemokratischen Abgeordneten  
im Europäischen Parlament  
Bernhard Rapkay (MdEP), Vorsitzender

### Verantwortlich:

Constanze Krehl (MdEP),  
Arndt Thomas Freudenberg (Parl. Referent)  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
D-11011 Berlin  
Tel. 030 / 22 77 07 23  
Fax 030 / 22 77 65 87  
[psdelegde@europarl.europa.eu](mailto:psdelegde@europarl.europa.eu)

### Gestaltung und Druck:

Druck + Verlag Heggemann  
Burgstraße 2  
33175 Bad Lippspringe  
0 52 52 / 96 530  
[info@druck-verlag-heggemann.de](mailto:info@druck-verlag-heggemann.de)



## ***Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,***

*viele Regionen in Europa stehen vor großen Veränderungen. Wirtschaftskraft und Wohlstand sind nicht in allen EU-Mitgliedsstaaten gesichert. Die neuen EU-Mitglieder haben einen noch größeren Veränderungsdruck. Deshalb unterstützt die Europäische Union eine nachhaltige Strukturpolitik und leistet finanzielle Unterstützung für die Regionen in der EU.*

*Auch das Saarland gehört zu den Regionen im Strukturwandel, da die Blütezeit der alten Industrien Kohle und Stahl vorüber ist. Arbeitsplätze sind neu zu schaffen, die Quote der Selbständigen ist zu erhöhen und neue Unternehmen müssen für den Standort Saarland gewonnen werden. Der Strukturwandel an der Saar wird deshalb auch in der neuen Förderperiode aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt.*

*Für das Saarland stehen in den Jahren 2007-2013 ein EFRE-Fördervolumen in Höhe von 197,5 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus erhält das Saarland ESF-Mittel in Höhe von 86,5 Mio. €, insgesamt also 284 Mio. €. Damit sollen z.B. wachstums- und unternehmerorientierte Maßnahmen, Projekte der wissensbasierten Wirtschaft und Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden.*

*Eine Reihe von bedeutenden Infrastrukturprojekten konnten mithilfe europäischer Förderung bereits im Saarland realisiert werden. Auch Arbeitsmarktprojekte und grenzüberschreitende Initiativen sind mit dieser Hilfe auf den Weg gebracht worden. Einige Beispiele davon finden Sie in diesem Heft.*

*Im Europäischen Parlament werde ich weiterhin daran arbeiten, dass die Unterstützung der Regionen einen hohen Stellenwert behält und das Saarland sich weiterhin auf die Solidarität aus Europa verlassen kann.*

*Mit freundlichen Grüßen*

**Jo Leinen**

*Mitglied des Europäischen Parlaments*



# Eine neue europäische Strukturpolitik Förderperiode von 2007-2013

	Seite
<b>1. Einleitung</b> .....	5
1.1. Strukturpolitik - Was und warum?.....	5
1.2. Instrumente und Ziele .....	6
1.3. Strukturfonds und die Strategien von Lissabon und Göteborg .....	7
<b>2. Die Ziele der EU-Regionalpolitik</b> .....	8
2.1. „Konvergenz“ .....	9
2.2. „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ .....	11
2.3. „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ .....	12
<b>3. Die Strukturfonds</b> .....	13
3.1. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).....	13
3.2. Der Europäische Sozialfonds (ESF) .....	13
<b>4. Der nationale strategische Rahmenplan Deutschlands</b> 14	
4.1. Die Konvergenzregionen in Deutschland .....	14
4.2. Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ .....	17
4.3. Das Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ .....	18
4.4. Finanzausstattung Deutschlands mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013 .....	19
<b>5. Die Operationellen Programme</b> .....	20
5.1. Das Operationelle Programm für den EFRE.....	20
5.2. Das Operationelle Programm für den ESF .....	24
5.3. Beispiele .....	27



# 1. Einleitung

## 1.1. Strukturpolitik - Was und warum?

Im Lichte der sich immer mehr ausdifferenzierenden Globalisierung muss Europa als eine gemeinsame Region betrachtet werden. Nicht ohne Grund erscheint sie dabei als eine der dynamischsten, fortschrittlichsten und innovativsten Regionen der Welt.

Bei aller Stärke Europas darf nicht außer Acht gelassen werden, dass wir von 27 Mitgliedsstaaten mit über 250 verschiedenen Regionen sprechen - verschieden nicht nur in Kultur und Sprache, verschieden vor allem in wirtschaftlicher Entwicklung und Struktur. Verschieden aber auch in den Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung und Dynamik. Jede der letzten Erweiterungen brachte eine Verschärfung der Entwicklungsunterschiede aber auch unterschiedliche Entwicklungspotenziale mit sich.

Wie lassen sich diese Unterschiede beschreiben? Als das verlässlichste Kriterium, um den Entwicklungsstand einer Region zu beschreiben, hat sich in den vergangenen Jahren das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (BIP) erwiesen. Es ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. In der Europäischen Union der 25 betrug das BIP 2004 10,4 Billionen Euro. Dabei hat Luxemburg mit 238,3% und Lettland mit 42,8% des Unionsdurchschnittes die jeweils höchste und niedrigste Wertschöpfung pro Einwohner.

Wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung in ärmeren oder benachteiligten Regionen zieht immer auch positive Entwicklungen in besser entwickelten Gegenden nach sich. Die stärksten Wirtschaftsleistungen weisen hauptsächlich die Mitgliedsstaaten mit dem geringsten Wohlstand, also die Baltischen Staaten und die Slowakei, aber auch Griechenland und Irland auf. Umgekehrt finden wir die niedrigsten Wachstumsraten in den wohlhabenden Mitgliedern Deutschland, Italien, Dänemark und Niederlande.

Auch wenn die Europäische Strukturpolitik auf der Grundidee der Solidarität aufgebaut ist, ist es mehr als nur das Umverteilen von Geld von Reich zu Arm, es ist eine Politik für die Europäerinnen und Europäer, es ist Wirtschaftspolitik und zugleich soziales Ausgleichsinstrument.

Aus diesen und vielen hier nicht genannten Gründen braucht die Europäische Union eine gemeinsame Struktur- und Regionalpolitik. Aus diesen Gründen engagiert sich die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament für die Strukturpolitik.



## 1.2. Instrumente und Ziele

Mehr Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen und Städte der Europäischen Union – das ist die Kernbotschaft der Kohäsionspolitik und ihrer Instrumente zwischen 2007 und 2013.



Der Schwerpunkt der Kohäsions- und Regionalpolitik liegt nun deutlicher auf der überarbeiteten Agenda für Wachstum und Beschäftigung; damit sollen den Beteiligten auf der regionalen und kommunalen Ebene mehr Anreize gegeben werden, sich die Agenda zu Eigen zu machen.

Generelle **Instrumente der Struktur- und Regionalpolitik** sind die direkte Wirtschaftsförderung in Form von Zuschüssen zu Investitionskosten, Förderung von Netzwerken und die Errichtung geeigneter Infrastrukturen.

Die Europäische Union versucht in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedsstaaten, die vorhandenen regionalen Wohlstandsunterschiede auszugleichen oder diese zumindest weitgehend zu verringern.

Regionalpolitik und Strukturpolitik hilft also, die Rahmenbedingungen zu verbessern und zu beeinflussen, unter denen regionale Entwicklungsprozesse ablaufen.

Nach der Gemeinsamen Agrarpolitik ist die Strukturpolitik der zweitgrößte Ausgabenbereich im Haushalt der Europäischen Union.



### ***Gleiche Lebens- und Entwicklungschancen für Jeden***

Europas Stärke liegt in der großen kulturellen Vielfalt und dem Reichtum an regionalen Traditionen. Diese verschiedenen regionalen Identitäten müssen erhalten werden. Nichtsdestotrotz muss jeder dieser sehr unterschiedlichen Regionen die Chance eingeräumt werden, Veränderungen anzustoßen und seinen Bewohnern lebenswerte Kulturräume zu erhalten und zu schaffen. Ziel der europäischen Regionalpolitik kann und soll es daher nicht sein,

Gleichartigkeit aller Regionen zu schaffen. Es geht vielmehr darum, gleichwertige Chancen im Wettbewerb der Regionen zu eröffnen.



Deshalb sind wir dafür eingetreten, den Großteil der Mittel auf die ärmsten Regionen zu konzentrieren.

Die Verfahren wurden nochmals vereinfacht und die Zuständigkeiten zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten klarer aufgeteilt.

### 1.3. Strukturfonds und die Strategien von Lissabon und Göteborg

Im Zuge der Anstrengungen der Mitgliedsstaaten die Ziele der Lissabonstrategie zu erreichen, „muss die Union alle geeigneten einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Mittel – einschließlich der Kohäsionspolitik – mobilisieren“<sup>1</sup>. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass sich die Beteiligten vor Ort unter Einbeziehung der regionalen und lokalen Akteure sowie der Sozialpartner die Lissabon-Ziele stärker zu Eigen machen müssen. Besonders wichtig ist dies in Bereichen, in denen die räumliche Nähe von Bedeutung ist, wie z.B. Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Beschäftigung, Humankapital, Unternehmergeist, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) oder Zugang zu Risikokapital.



Die Struktur- und Regionalpolitik kann auf verschiedene Weise auch weiterhin einen signifikanten Beitrag zu den Lissabon-Prioritäten leisten:

#### – Investitionen in Bereiche mit hohem Wachstumspotenzial

Hohe Erträge lassen sich durch Investitionen in Regionen erzielen, die das Potenzial haben, rasch zur übrigen EU aufzuschließen, in denen jedoch die intern vorhandenen Mittel möglicherweise nicht ausreichen, um alle sich bietenden Chancen zu ergreifen.

#### – Investitionen in Wachstums- und Beschäftigungsmotoren

Im Mittelpunkt stehen Investitionen in Sach- und Humankapital, das maß-

<sup>1</sup> Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates – „Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze - Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon“, KOM(2005) 24 vom 2.2.2005.



geblich ist für das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial (Forschungs- und Innovationskapazitäten, Aus- und Weiterbildung sowie Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte).

- **Förderung der Durchführung von kohärenten Strategien über einen mittleren bis längeren Zeitraum**
- **Entwicklung von Synergien und Ergänzungen mit anderen Gemeinschaftspolitiken**

Die Kohäsionspolitik übt eine signifikante Hebelwirkung auf die Durchführung anderer Gemeinschaftspolitiken aus.



- **Mobilisierung zusätzlicher Mittel**

Die im Rahmen der Kohäsionspolitik kofinanzierten Tätigkeiten gewährleisten ein hohes Maß an Zusätzlichkeit der EU-Mittel insbesondere indem die Investitionsmittel in Bereiche gelenkt werden, in denen die Ausgaben die größte Wirkung und den größten Mehrwert erzielen können. Sie bewirken, dass zusätzliche Mittel aus nationalen öffentlichen und privaten Quellen für kohärente nationale und regionale Entwicklungsstrategien mobilisiert werden.

- **Förderung eines integrierten Konzepts für den territorialen Zusammenhalt**

Die Kohäsionspolitik kann zur Schaffung von Gemeinschaften beitragen, indem sie in Strategien für die Erneuerung, Wiederbelebung und Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange eingeht.

Die Lissabonstrategie muss dabei Hand in Hand mit der Göteborgstrategie zur nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft gehen. Die Strukturfonds dürfen nur für Maßnahmen eingesetzt werden, die mit den Zielen von Göteborg im Einklang stehen.

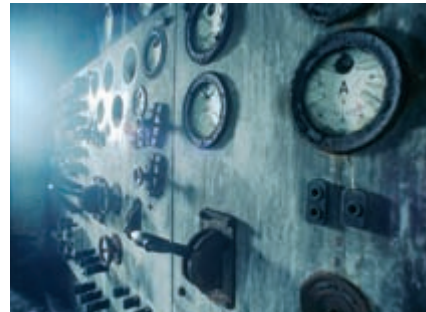


## 2. Die Ziele der EU-Regionalpolitik

Die von der EU für die nächsten sieben Jahre eingeplanten Mittel für die Strukturpolitik konzentrieren sich in dieser Förderperiode auf drei Prioritäten. Die Ziele definieren, welche Gebiete warum und wofür Geld erhalten. Im Ziel „Konvergenz“ konzentriert sich die Förderung auf die ärmsten Mitgliedstaaten und Regionen mit ca. 82% der Gesamtmittel. In den übrigen Regionen werden ca. 15% der Mittel aus den Strukturfonds dazu verwendet, Innovation, nachhaltige Entwicklung, eine bessere Zugänglichkeit und Ausbildungsprojekte im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ zu fördern. Weitere 3% werden für die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ bereitgestellt.

### 2.1. „Konvergenz“

Das Ziel „Konvergenz“ bezieht sich auf die Mitgliedsstaaten und Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand und besteht in der Schaffung wachstums- und beschäftigungsfördernder Rahmenbedingungen, damit diese Regionen zu den wohlhabenden und leistungsstärkeren Regionen aufschließen können. Erreicht werden soll dies durch die Steigerung und qualitative Verbesserung der Investitionen in physische und Humanressourcen, die Entwicklung von Innovation und Wissenschaft, die Förderung der Fähigkeit zur Anpassung an den Wandel in der Wirtschaft, den Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie eine effiziente Verwaltung. In die „Konvergenzgebiete“ fließt der Hauptteil der für die Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel.



Dem ersten Förderziel „Konvergenz“ zugeordnet werden:

- Förderung aus den Strukturfonds (höchste Förderstufe) für Regionen mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von unter 75% des EU-Durchschnitts
  - Sie erhalten Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF) und dem Sozialfonds (ESF).



- In der EU inklusive Bulgarien und Rumänien zählen insgesamt 84 Regionen zu diesen Konvergenzgebieten. In Deutschland gehören dazu die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie die Regierungsbezirke Dessau, Magdeburg, Dresden, Chemnitz und Brandenburg Nordost; in Österreich gibt es keine dieser Regionen.
- Übergangsunterstützung aus dem Strukturfonds für Regionen mit erheblichem Entwicklungsrückstand, die aber wegen des „statistischen Effekts“ der Erweiterung aus der obersten Förderkategorie herausgefallen sind
  - Erhebliche Übergangs- und Auslaufunterstützung („Phasing Out“) erhalten, um ihren Aufholprozess zu Ende zu führen, bis Ende 2013 Regionen, die als Konvergenzgebiete mit höchstem Förderanspruch betrachtet worden wären, wenn für die Förderfähigkeit weiterhin die Schwelle von 75% des durchschnittlichen BIP der EU mit 15 Mitgliedern gegolten hätte, denen es aber jetzt dafür – infolge des abgesunkenen Durchschnitts nach der EU Erweiterung – rein statistisch gesehen „zu gut“ geht.
  - In der EU 27 sind davon 16 Regionen betroffen. In Deutschland werden die Regionen Halle, Leipzig, Lüneburg und Brandenburg Südwest als „Phasing-Out“ Regionen gefördert. Lüneburg ist damit die einzige westdeutsche Region unter der Abgrenzungsschwelle des BIP der EU 15.
- Förderung aus dem Kohäsionsfonds für Staaten, deren Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) weniger als 90% des Gemeinschafts- BNE beträgt
  - Sie erhalten zusätzlich zu den EFRE- und ESF-Mitteln für ihre Konvergenzregionen für diese und auch andere Regionen einsetzbare Gelder aus dem Kohäsionsfonds für Maßnahmen in den Bereichen transeuropäische Verkehrsnetze und Umweltschutz.
  - Für eine Förderung aus dem Kohäsionsfonds kommen in Frage: Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien und Rumänien.
- Übergangsunterstützung aus dem Kohäsionsfonds für Mitgliedsstaaten, die bis 2006 die normale Förderung aus dem Kohäsionsfonds erhielten,



nun aber aufgrund der EU Erweiterung rechnerisch dafür „zu reich“ sind

- EU-Staaten, die aus dem Kohäsionsfonds unterstützt worden wären, wenn die Förderfähigkeit weiterhin die 90% Schwelle des durchschnittlichen BNE der EU 15 gegolten hätte, und jetzt bezogen auf die EU 25 über dieser Grenze liegen, wird eine Übergangunterstützung gewährt.

## 2.2. „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Beim zweiten Förderziel geht es - außerhalb der obigen „Konvergenzgebiete“ - im Grunde um zweierlei: Erstens um die Unterstützung von Regionen, die besonders mit wirtschaftlichem und sozialem Wandel zu kämpfen haben und die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit (territoriale Komponente) und zweitens um Hilfe für die betroffenen Menschen bei der Anpassung an die Veränderungen (soziale Komponente mit Schwerpunkten wie Förderung von Beschäftigung und Unternehmergeist, Arbeitsproduktivität und -qualität, sozialer Integration Benachteiligter, Diskriminierungsbekämpfung etc.).



- Regionen in der EU mit hoher Arbeitslosigkeit und Entwicklungsproblemen
  - EU-weit werden, einschließlich Bulgarien und Rumänien, unter diesem Vorzeichen 155 Regionen als förderungswürdig angesehen. Die Auswahl der betroffenen Regionen trifft formal gesehen der jeweilige Mitgliedsstaat. Dabei hat er jedoch die Unterstützungswürdigkeit über ein prozentuales Punktesystem zu gewichten, das bestimmte Defizite der Region - wie die Arbeitslosenquote mit ihrem relativen Wohlstand im Vergleich zu anderen Regionen dieser Zielgruppe - bewertet.
- Übergangunterstützung – Regionen, die bisher der höchsten Förderstufe zugeordnet waren, deren Pro-Kopf-BIP jetzt aber 75% des durchschnittlichen BIP der EU 15 übersteigt. Für diese Umstufung ins zweite Förderziel kommen 13 sogenannte „Phasing IN“ – Regionen in Betracht.



## 2.3. „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“



Das dritte Ziel holt faktisch die bisher zusätzlich zu den strukturpolitischen Hauptprogrammen laufende Gemeinschaftsinitiative INTERREG in den Kernbereich der Kohäsionspolitik. Inhaltlich bleibt es im Wesentlichen bei der Förderung von:

- Zusammenarbeit von Grenzregionen durch gemeinsame lokale und regionale Initiativen
  - Anspruch auf eine Förderung im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben Gemeinschaftsregionen an allen Landbinnengrenzen und bestimmten Landaußengrenzen sowie alle an innergemeinschaftlichen Seegrenzen liegende EU-Regionen.
  - Ein Teil der Mittel ist für den EU-seitigen Beitrag zu Projekten der grenzüberschreitenden Kooperation (CBC) im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments und des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) vorgesehen.
- Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit durch Aktionen zur integrierten Entwicklung ausgewählter europäischer Räume. Unterstützt wird hier die Kooperationen in großen Räumen wie dem Ostseeraum.
- Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit, der Kooperationsnetze und des Erfahrungsaustauschs auf der geeigneten territorialen Ebene. Für eine Förderung kommt hier das gesamte Gemeinschaftsgebiet in Betracht.

Im Rahmen der drei Förderziele soll zugleich in geeigneter Weise die nachhaltige Stadtentwicklung, die Wiederbelebung der ländlichen Gebiete und die von der Fischerei abhängigen Gegenden durch wirtschaftliche Diversifizierung unterstützt werden.



## 3. Die Strukturfonds

### 3.1. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Der EFRE ist das Hauptinstrument mit dem finanziell Maßnahmen unterstützt werden, die zum Ausgleich der größten regionalen Unterschiede in der EU beitragen.

Dabei sollen die Regionalwirtschaften entwickelt und strukturell angepasst werden und Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung umstrukturiert werden.

Hauptziel des EFRE ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu verbessern, Innovation zu stärken und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Finanzierungsschwerpunkte sind Forschung, Innovation, Umweltschutz und Risikoprävention. Dazu gehören auch Infrastrukturinvestitionen.

Besondere Berücksichtigung finden zukünftig Maßnahmen, die KMU's unterstützen.

Die finanzielle Unterstützung aus dem EFRE ist immer nur ein Zuschuss. Mindestens 25% müssen kofinanziert werden aus dem nationalen, regionalen (Landes-) oder kommunalen Haushalt. Mit der neuen Förderperiode ist auch eine private Kofinanzierung von Projekten möglich, so genannte Private-Public-Partnership (PPP).



### 3.2. Der Europäische Sozialfonds (ESF)

Der ESF trägt zur Verbesserung von Beschäftigung und Beschäftigungsmöglichkeiten bei. Er unterstützt dabei Maßnahmen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten und der Unternehmen, der sozialen Eingliederung benachteiligter Personen und der Leistungsfähigkeit und Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Die Maßnahmen, die unterstützt werden, müssen den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU entsprechen.

Der ESF „investiert“ in die Menschen. Besonders wichtig ist gerade in die-



sem Bereich der Strukturpolitik die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. Dafür hat sich insbesondere die sozialdemokratische Fraktion im EP stark gemacht.

Der ESF wird in der neuen Förderperiode die Aufgaben der ehemaligen Gemeinschaftsinitiative EQUAL fortführen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit.

## 4. Der nationale strategische Rahmenplan Deutschlands

Die deutsche Strategie der Regionalpolitik für den Zeitraum 2007- 2013 umfasst die vier folgenden Ziele:

- Innovation
- Erhöhung der Standortattraktivität
- Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen und
- Regionen chancen- und ausgleichsorientiert weiterentwickeln.

Dazu kommen drei Querschnittsziele nämlich Umwelt, Chancengleichheit und nachhaltige Stadtentwicklung. Diese Ziele und die Prioritäten der einzelnen Bereiche müssen sich in den Operationellen Programmen der Länder wieder finden.

### 4.1. Die Konvergenzregionen in Deutschland

In den deutschen Konvergenzregionen, d.h. in den ostdeutschen Ländern und Lüneburg müssen wir eine Unterausstattung bei allen wesentlichen Potenzialfaktoren wie bspw. Infrastruktur, Innovation und unternehmerische Basis feststellen.

Daraus leiten sich die Prioritäten für den Einsatz der Strukturfonds ab.

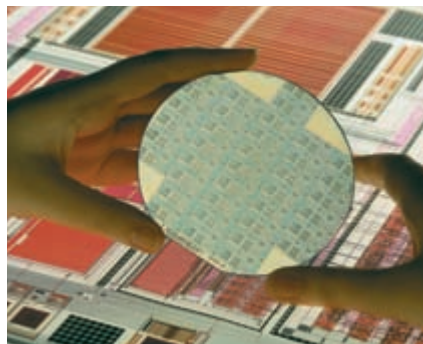
#### **Priorität 1:** *Förderung von Innovation, Forschung und Bildung*

Dazu zählen vor allem die Förderung einzelbetrieblicher FuE-Projekte, von Kooperationsmaßnahmen zwischen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft, des Technologietransfers, sowie die Innovationsförderung von KMU's incl. der Bereitstellung von Risikokapital.

Aber auch die Förderung von Bildungsinfrastruktur und der Zugang zu hochwertiger Bildung werden unterstützt.

**Priorität 2:** *Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft*

Im Rahmen dieser Priorität sollen vor allem gewerbliche Investitionen, regionale Wirtschaftsnetzwerke und die Stärkung des Unternehmertums gefördert werden. Dabei sollen auch neue Finanzierungsinstrumente genutzt werden. Weitere Förderansätze sind die Hilfe bei Marktzugängen und die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz.

**Priorität 3:** *Entwicklung und Sicherung der Infrastruktur für nachhaltiges Wachstum*

Zu dieser Priorität gehört die Entwicklung der nötigen wirtschaftsnahen, technischen, sozialen aber auch kulturellen Infrastruktur. Dabei sollten auch Überlegungen bezüglich der demographischen Entwicklung einer Region und die Nachhaltigkeit der Entwicklung berücksichtigt werden.

**Priorität 4:** *Förderung überregional bedeutsamer Verkehrswegeinvestitionen*

Unter dieser Priorität wird hauptsächlich der Ausbau des Trans-europäischen Verkehrsnetzes weitergeführt und ggf. eine Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger realisiert.



**Priorität 5:** *Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten*

Besonders gefördert werden die Weiterbildung von Beschäftigten und die Absicherung des Fachkräftebedarfs in Unternehmen. Die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist ebenfalls Teil dieser Priorität.

**Priorität 6:** *Verbesserung des Humankapitals*

Insbesondere eine qualitativ gute berufliche Ausbildung, das „Lebenslange“ Lernen und spezifische Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Ausbildung sind Schwerpunkte der Förderung in diesem Bereich. Konsequentes Gender Mainstreaming soll Teil in allen Bereichen sein.

**Priorität 7:** *Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen*



Gezielte Aktivitäten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bleiben weiterhin nötig. Das dient besonders der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Gefördert werden deshalb unter anderem regionale und lokale Kleinprojekte auch durch Mikrodarlehen.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt ist ebenfalls Teil dieser Priorität.



## 4.2. Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

In Deutschland liegen vor allem die westdeutschen Länder (ohne Lüneburg) und Berlin in diesem Ziel. Besondere Unterstützung durch die Strukturfonds gehen hier in die Ausrichtung des Arbeitsmarktes auf die neuen Herausforderungen der Globalisierung. Hauptgewicht der Förderung liegt im Bereich des ESF.



Dabei wurden folgende Prioritäten entwickelt:

### **Priorität 1:** *Förderung einer wissensbasierten, innovationsorientierten Entwicklung*

Ansatzpunkte der Förderung sind vor allem der Technologietransfer, die Unterstützung von FuE und die Förderung dazugehöriger Infrastruktur. Aber auch die Nutzung ökologischer Innovation z.B. durch Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der Nutzung regenerativer Energien werden unterstützt.

### **Priorität 2:** *Stärkung der unternehmerischen Basis*

Dazu zählen insbesondere die Unterstützung des Mittelstandes und die Verbesserung des Humankapitals.

### **Priorität 3:** *Abbau regionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer regionaler Potenziale durch nachhaltige Regionalentwicklung*

Zwischen und innerhalb der deutschen Regionen bestehen z.T. große Unterschiede. Diese Disparitäten sollen mittels der Strukturpolitik abgebaut werden mit dem besonderen Blick auf ländliche und altindustrielle Regionen und die zu erwartende demographische Entwicklung in den Regionen.



**Priorität 4:** *Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten*

Betriebsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen müssen stärker mit betrieblichen Entwicklungs- und Innovationsstrategien verbunden werden und die Beteiligung muss verbessert werden. Die Förderung von Netzwerken, die Unterstützung von Existenzgründern und -gründerinnen sowie die Verbreitung des Unternehmergeistes unterstützen die Ziele dieser Priorität.

**Priorität 5:** *Verbesserung des Humankapitals*

Besonders unterstützt werden die Entwicklung einer guten Berufsausbildung und die Verbesserung der dualen Ausbildung. Gezielte Maßnahmen für Jugendliche mit schlechten Bildungsvoraussetzungen und eine Kultur des lebensbegleitenden Lernens werden neben Maßnahmen zur Förderung von Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in den Mittelpunkt gestellt.

**Priorität 6:** *Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und Integration benachteiligter Personen*

Wir brauchen für benachteiligte Personengruppen besondere Strategien für die Aktivierung und Integration. Die Beschäftigungsfähigkeit muss verbessert werden durch entsprechende flankierende Maßnahmen z.B. für junge Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Behinderte.

### 4.3. Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“

Dieses Ziel hat in Deutschland eine besondere Bedeutung, da wir neun Nachbarländer mit einer Gesamtgrenzlänge von 3.600 km haben. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in den direkt an Grenzen gelegenen Kreisen unterstützt.

Im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit beteiligt sich Deutschland in fünf großen Kooperationsräumen wie beispielsweise im Ostseeraum und im Alpenraum. Die Beteiligung an interregionaler Zusammenarbeit unterstützt die eigene Regionalpolitik wirksam.



## 4.4. Finanzausstattung Deutschlands mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013

Bundesländer (nach Zielgebiet) Konvergenzregionen	EFRE	ESF
Brandenburg	1 498 732 588	<b>620 249 615</b>
Mecklenburg-Vorpommern	1 252 420 390	<b>417 473 463</b>
Niedersachsen - Region Lüneburg	589 000 000	<b>210 010 942</b>
Sachsen	3 091 139 706	<b>871 859 914</b>
Sachsen-Anhalt	1 931 792 253	<b>643 930 752</b>
Thüringen	1 477 687 909	<b>629 009 103</b>
Bund	1 520 319 639	<b>1 325 569 051</b>
Wettbewerb und Beschäftigung		
Baden-Württemberg	143 400 068	<b>265 998 586</b>
Bayern	575 934 188	<b>310 059 703</b>
Berlin	875 589 810	<b>335 976 031</b>
Bremen	142 006 631	<b>89 054 742</b>
Hamburg	35 268 791	<b>91 152 890</b>
Hessen	263 454 159	<b>186 735 204</b>
Niedersachsen (ohne R. Lüneburg )	638 769 613	<b>237 090 765</b>
Nordrhein-Westfalen	1 283 430 816	<b>683 996 369</b>
Rheinland-Pfalz	217 613 760	<b>113 766 267</b>
Saarland	197 512 437	<b>86 490 338</b>
Schleswig-Holstein	373 888 769	<b>100 011 739</b>
<b>Bund</b>		<b>2 162 219 289</b>

Quelle: Europäische Kommission (2007): Cohesion Policy - Factsheet Germany, Brüssel.



## 5. Die Operationellen Programme

### 5.1. Das Operationelle Programm für den EFRE Saarland



Das Saarland erhält in der Förderperiode 2007-2013 über 197 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Diese Mittel sollen dazu beitragen, die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu verbessern. Für den strukturierten Einsatz der Mittel im Sinne dieser grundsätzlichen Zielsetzung hat das Saarland ein detailliertes System ausgearbeitet.

#### Das Zielsystem des Operationellen Programms

Das Zielsystem gliedert sich in drei thematische Prioritätsachsen<sup>1</sup>, die durch zwei Querschnittsziele verbunden sind.

#### *Prioritätsachse 1: Förderung von Wettbewerbsfähigkeit durch wachstums- und unternehmensorientierte Maßnahmen und Stärkung der Unternehmensbasis*

Die Prioritätsachse 1 soll zu einer stärkeren Diversifizierung der Saarwirtschaft beitragen. Um dies zu erreichen, sollen die Mittel zur Förderung

- des Unternehmergeistes und des Unternehmertums, insbesondere der Saarland Offensive für Gründer (SOG),
- moderner Instrumente für die Unternehmensfinanzierung sowie
- von Unternehmensdiensten und Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds

beitragen. Für die Umsetzung konkreter Maßnahmen stehen rund 60 Mio. Euro zur Verfügung. Dies entspricht ca. 30% der EFRE-Mittel die 2007-2013 in das Saarland fließen werden. Dadurch sollen in dem genannten Zeitraum z.B. 2800 Gründer im Rahmen der SOG beraten, 70 Unternehmen aus Hochschulen heraus neu gegründet und über 2300 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

1 Ergänzt werden diese durch die Prioritätsachse ‚Technische Hilfe‘. Diese ist mit 5 Mio. Euro ausgestattet und dient der Gewährleistung des effizienten Einsatzes der Fördermittel durch die Finanzierung der dafür erforderlichen Institutionen und Maßnahmen.



### ***Prioritätsachse 2: Forcierung des Strukturwandels durch wissensbasierte Wirtschaft, Innovation und Ausbau spezifischer Stärken***

Das Ziel dieser Prioritätsachse ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation. Im Vordergrund steht dabei



- die Stärkung wissensbasierter und wirtschaftsorientierter FuE-Kapazitäten,
- die Förderung von Innovationskernen, Kompetenzzentren und Innovationstransfers,
- der Ausbau der betrieblichen Innovationsbasis und Wettbewerbsfähigkeit,
- eine Stärkung der Innovationskultur, der Qualifizierung und des Zugangs zu IKT-Infrastruktur sowie
- die Erprobung mit neuen Projekten und Konzepten.

Ausgestattet ist die Prioritätsachse 2 mit 64 Mio. Euro, was 32% der Gesamtsumme der EFRE-Mittel entspricht. Damit sollen unter anderem jeweils 21 FuE- sowie Kooperationsvorhaben kofinanziert und über 4.500 Personen durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen fortgebildet werden.

### ***Prioritätsachse 3: Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung und Ressourcenschutz***

Mit der dritten Prioritätsachse soll das Standort- und Unternehmensumfeld im Saarland verbessert werden. Um diese Ziele umzusetzen, soll sich die Förderung auf

- die nachhaltige Stadtentwicklung,
- die Förderung von Zukunftsenergien und Ressourceneffizienz sowie
- den Ausbau der touristischen Infrastruktur durch Aufwertung des Natur- und Kulturerbes und die Erschließung zusätzlicher Wachstumspotenziale



konzentrieren. Zur Finanzierung der Vorhaben stehen mit über 68 Mio. Euro rund 35% der EFRE-Mittel, die in das Saarland fließen, zur Verfügung. Damit



sollen unter anderem 75 Projekte zur regenerativen Energieversorgung und Ressourceneinsparung und 10 Projekte zur Aufwertung der touristischen Infrastruktur gefördert werden.



### Die Querschnittsziele

Neben der thematischen Untergliederung bestehen zwei Bereiche, denen sich das Saarland in allen Prioritätsachsen gleichermaßen intensiv widmet.

Bei dem ersten Querschnittsziel handelt es sich um die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie Nichtdiskriminierung. Diese wird in den verschiedenen Stufen der Durchführung der Fondstätigkeiten gefördert. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, die Beteiligung von Frauen an Erwerbstätigkeit und Unternehmertum zu stärken sowie die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Hinblick auf den beruflichen Weg zu unterbinden. Über den Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter hinaus verpflichtet sich das Saarland alle erforderlichen Maßnahmen gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu treffen.

Das zweite Querschnittsziel besteht in der Nachhaltigkeit und umweltgerechten Entwicklung. Dabei werden sowohl Umwelt- wie auch wirtschaftliche und soziale Aspekte prioritätsübergreifend beachtet und kommen direkt oder indirekt in den Prioritätsachsen zum Tragen. Im Fokus stehen dabei z.B. die Maßnahmen zur Förderung von Zukunftsenergien und Ressourceneffizienz, der nachhaltigen Stadtentwicklung z.B. durch die Verbesserung der Verkehrsführung sowie der Revitalisierung von Flächen. Unter anderem dadurch sollen nachteilige Umweltauswirkungen vermieden oder zumindest so gering wie möglich gehalten werden.

## Europäische Territoriale Zusammenarbeit

Das Saarland mit seinen Grenzen zu Luxemburg und Frankreich beteiligt sich an dem Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“, durch das die Potenziale der Grenzregionen gefördert werden. Für die Finanzierung von Projekten in diesem Ziel stehen dem Saarland über 13 Mio. Euro zur Verfügung. Der Einsatz dieser Mittel ist jedoch nicht im Operationellen Programm für den EFRE, sondern in einem eigenständigen Operationellen Programm dargelegt.



### Ansprechpartner:

#### EFRE

Herr Stefan Lang  
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Referat Wirtschafts- und Standortpolitik,  
Europäische Regionalfonds, Gewerbeflächen  
Franz-Josef-Röder-Str. 17 • D - 66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681 501 4181 • Fax: 0681 501 4293  
Email: [s.lang@wirtschaft.saarland.de](mailto:s.lang@wirtschaft.saarland.de)

#### ESF

Herr Lothar Gretsch  
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Referat Arbeitsmarktpolitik und Europäischer Sozialfonds  
Franz-Josef-Röder-Str. 17 • D - 66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681 501 3393 • Fax: 0681 501 3302  
Email: [l.gretsch@wirtschaft.saarland.de](mailto:l.gretsch@wirtschaft.saarland.de)



## 5.2. Das Operationelle Programm des ESF für das Saarland

Im Saarland werden in den Jahren 2007-2013 fast 87 Mio. Euro durch den ESF ausgegeben werden. Gestützt auf die Erfahrungen der alten Förderperiode und gemäß dem neuen Rechtsrahmen der Europäischen Union wurden für das Saarland drei Schwerpunkte herausgearbeitet.

<b>Schwerpunkt A:</b>	
Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen	16,0%
<b>Schwerpunkt B:</b>	
Verbesserung des Humankapitals	45,0%
<b>Schwerpunkt C:</b>	
Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und Integration benachteiligter Personen	36,0%
Technische Hilfe	3,0%

Im **Schwerpunkt A** soll ein Angebot für die berufliche Neuorientierung für Arbeitskräfte gegeben werden, deren Arbeitsplatz durch sektoralen Strukturwandel oder betriebliche Restrukturierung unmittelbar bedroht ist. Darüber hinaus soll das Qualifikationsniveau in den Unternehmen angepasst werden an die Erfordernisse moderner wettbewerbsfähiger Unternehmen. Die demografische Entwicklung im Saarland und damit einhergehend die veränderte Personalstruktur in den Unternehmen erfordern ebenfalls Veränderungen in der beruflichen Weiterbildung. Die Zielgruppe „ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen“ steht viel mehr im Zentrum der Bemühungen als in der Vergangenheit. Gerade in kleineren Unternehmen fehlt oft eine gute berufliche Weiterbildung. Dies soll durch entsprechende Beratungs- und Weiterbildungsangebote verändert werden. Mit dem Programm „Lernziel Produktivität“ soll KMU's ein entsprechendes Angebot gemacht werden.

Mit dem Aufbau von regionalen Weiterbildungsnetzwerken soll diese Arbeit unterstützt werden und an die Bedürfnisse der Regionen angepasst werden.



Der **Schwerpunkt B** konzentriert sich vor allem auf die Beseitigung der hohen Jugendarbeitslosigkeit des Landes. 95% der Mittel werden dafür aufgewendet. Dabei werden vor allem drei Ziele verfolgt:

- Verbesserung der Hilfe an der Schwelle Schule - Berufsausbildung,
- Verbesserung der Ausbildungsreife und der Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher,
- Erhöhung der sozialen Kompetenz von Jugendlichen.

So werden Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung von besonders benachteiligten Jugendlichen finanziert. Dazu gehören bspw. Bewerbungstraining, Persönlichkeitstraining, Kurse zum Nachholen des Hauptschulabschlusses, berufsvorbereitende Maßnahmen sowie der Einsatz von Jugendkoordinatoren.



Unterstützung soll in diesen Bereichen das landesweite Programm „Ausbildung jetzt“ geben. Damit soll auch erreicht werden, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten können.

Das Saarland wird dafür auch Modellprojekte unterstützen, die zu einer qualitativen Verbesserung von betrieblicher Ausbildung im Verbund führen. Coachingstellen, Bildungsgutscheine und finanzielle Zuschüsse für die Schaffung von zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen sind einige der Instrumente, die dabei Verwendung finden.

Berufliche Weiterbildung ist eine zweite Säule der Arbeit in diesem Schwerpunkt. Sie muss weiter entwickelt werden und qualitativ besser werden, damit die Anforderungen der Wirtschaft besser erfüllt werden können. Im Saarland werden Projekte zur Entwicklung innovativer Systeme unterstützt.

Der Zugang zu Arbeitsmarkt und Beschäftigung ist Voraussetzung zur sozialen Eingliederung auch von benachteiligten Menschen.

Unter dem **Schwerpunkt C** sollen deshalb Projekte zur Schaffung von Chancen für einen beruflichen Neueinstieg unterstützt werden. Besondere Zielgruppen sind dabei einerseits Beschäftigte im Steinkohlebergbau und deren Zulieferbetriebe. Andererseits werden Projekte für Arbeitslose, arbeitslose Frauen und arbeitslose Migrantinnen und Migranten verstärkt gefördert.



Im Saarland liegt nicht zuletzt wegen der montanspezifischen Vergangenheit die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich unter den Anforderungen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Deshalb werden hier auch besondere Anstrengungen in Form von Projekten und Maßnahmen unterstützt. Insbesondere für die Zielgruppe der Berufsrückkehrerinnen, für langzeitarbeitslose Frauen sowie für Frauen mit besonderen Vermittlungshemmnissen werden spezielle Beratungsangebote gemacht.

Ein Modellprojekt zur „Beschäftigung älterer Langzeitarbeitsloser auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt“ soll sich dem Problem der Integration dieser Zielgruppe widmen.



In allen Schwerpunkten wird insbesondere die Chancengleichheit von Frauen und Männern als **Querschnittsaufgabe** berücksichtigt. Die Anwendung des Gender- Mainstreaming-Ansatzes ist dabei die zentrale Grundlage. Die Erfahrungen aus der Gemeinschaftsinitiative EQUAL werden aufgegriffen und weiterentwickelt.

Das Landesprogramm „Chancengleichheit“ unterstützt innovative arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie bspw. Dienstleistungsagenturen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll deutlich verbessert werden. In allen Maßnahmen sollen Frauen mindestens gemäß ihrem Anteil an der speziellen Zielgruppe gefördert werden.

Die Nachhaltigkeit von Projekten ist ebenso eine Querschnittsaufgabe, die sich in den einzelnen Maßnahmen widerspiegelt. Allerdings haben die meisten ESF-geförderten Projekte nur einen indirekten Bezug zur Nachhaltigkeit.



## 5.3. Beispiele im Saarland

### Science Park Saar

#### **Platz für neue Unternehmen und erfolgreichen Technologietransfer**

Der Science Park Saar ist ein gutes Beispiel für den Strukturwandel im Saarland. Auf dem Campus der Universität des Saarlandes angesiedelt, finden junge, innovative Unternehmen im Science Park einen guten Standort. Das Unternehmer- und Gründerzentrum bietet hervorragende Voraussetzungen für junge Unternehmen: enge Kontakte zu Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Technologietransfer mit etablierten Unternehmen auf engstem Raum.

Der Science Park 1 wurde im Jahr 2000 eröffnet und bietet 20 Unternehmen mit rund 180 Mitarbeitern Platz. Aufgrund der großen Nachfrage nach Büro- und Laborfläche in unmittelbarer Nähe zum Universitätscampus wurde im Juni 2005 die Erweiterung des Science Park 2 in Betrieb



Science Park Saar

genommen. Hier werden weitere 45 Unternehmen mit bis zu 450 Mitarbeitern Platz finden. Das Raum- und Flächenangebot des Science Parks erlaubt die Ansiedlung von forschungs- und wissenschaftsorientierten Firmen auf insgesamt 7.500 m<sup>2</sup> Büro- und 2.200 m<sup>2</sup> Laborfläche. Die Betriebe verteilen sich auf die Branchen E-Learning, Graphik, Design, Bionische Forschung, Nanotechnologie, Softwareentwicklung, EDV, Recyclingforschung, Informatik, Arzneimittelforschung, Dienstleistung, Biotechnologie und Informationstechnologie. Existenzgründer und technologieorientierte Unternehmen, die die räumliche Nähe zur Universität des Saarlandes suchen, finden hier ein optimales Wachstumsfeld. Ein Großteil der Unternehmen ist aus dem Starterzentrum der Universität heraus entstanden. Die Europäische Union fördert den Science Park Saar mit rund 15 Mio. € aus dem EFRE als Maßnahme zur Schaffung moderner Infrastrukturen und einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Weiter Informationen: [www.science-park-saar.de](http://www.science-park-saar.de)

### Weltkulturerbe Völklinger Hütte

Die Völklinger Hütte ist seit 1994 Weltkulturerbe der UNESCO. Dies ist gleichzeitig die Verpflichtung, in den Erhalt und die weitere Erschließung dieses einzigartigen Ensembles zu investieren. Wie kein anderes Kulturdenkmal ist die Völklinger Hütte Symbol für das Saarland, seine Identität und die Geschichte der SaarLorLux-Region. Die Umgestaltung der Völklinger Hütte zu einem europäischen Zentrum für Kunst und Industriekultur ist eine der wichtigsten Kulturaufgaben des Landes. Der Kulturtourismus und das industrielle Erbe stellen mittlerweile einen wichtigen Faktor für die saarländische Tourismusentwicklung dar.



Völklinger Hütte



Überregional bedeutende Ausstellungen wie Prometheus, Leonardo da Vinci, InkaGold, Schätze aus 1001 Nacht oder Genius I sowie zahlreiche andere kulturelle Highlights haben die Völklinger Hütte bereits zu einem Anziehungspunkt für viele Besucher werden lassen. Neben der Faszination des Weltkulturerbes ist ein Ort der Begegnung und der Kunst entstanden. Die Stadt Völklingen geht mit ihrer Hütte in ein neues Zeitalter. Die Herrichtung und Erschließung des Hüttenensembles unterstützt die Europäische Union mit insgesamt 21 Mio. €. [www.voelklinger-huette.org](http://www.voelklinger-huette.org)

### **Saarterrassen**

Die Saarterrassen im Westen der Landeshauptstadt Saarbrücken sind ein Beispiel für die Wiederbelebung innerstädtischer Industriebrachen. Auf dem Gelände der stillgelegten Burbacher Hütte entsteht ein Stadtzentrum als integrierter Dienstleistungsstandort: Wohnen, Gewerbe, Dienstleistung und Freizeitgestaltung. Mehr als 1000 Menschen arbeiten wieder auf dem ehemaligen Brachgelände. Mit seiner guten Infrastruktur und seiner günstigen Lage nahe zum Stadtzentrum haben die Saarterrassen beste Zukunftsaussichten. Die Revitalisierung und Erschließung der Flächen wurde über 15 Jahre durch die Europäische Union gefördert. Der Umfang beläuft sich auf ca. 35 Mio. €. Der Stadtteil Burbach, der aufgrund unterschiedlicher Dynamiken besonderen Entwicklungsbedarf hat, wird nunmehr im Rahmen des Pilotvorhabens „Stadtumbau West“ mit weiteren 5,2 Mio. € gefördert.



*Jo Leinen mit H. Kasterka (li) und H. Hoffmann am Solarkraftwerk*

### **Solarstrom-Großkraftwerk**

Klimawandel und Energieknappheit zeigen den Weg in die Zukunft: eine moderne Energieversorgung braucht Erneuerbare Energien. Der Anteil Erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung soll auf 20% im Jahre 2020 steigen. Die Stromproduktion durch Solarkraftwerke ist ein Weg in eine nachhaltige und preiswerte Energieversorgung. Die Kasterka Solarstrom GmbH hat am Saarbrücker Flughafen in Ensheim ein Photovoltaik-Großkraftwerk errichtet. Mit einer Leistung von 1,4 Megawatt Solarstrom ist es eine der größten derartigen Anlagen in Europa. Die EU fördert das Solarkraftwerk mit 460.000 €.

### **Stadt Dillingen - Lebenswerte Stadtstrukturen**

Die Schaffung und Weiterentwicklung lebenswerter Stadtstrukturen steht im Mittelpunkt des Projektes „Soziale Stadt Dillingen“. Investiert wird u.a. im Bereich Innenstadt, Leipziger Ring und Lokschnuppen. Insgesamt vier Teilprojekte werden im Rahmen „Soziale Stadt“ realisiert.



## Beispiele im Saarland

Die um 1960 erbauten Wohnsiedlungen „An der Papiermühle“ und „Leipziger Ring“ werden durch Gebäude- und Wohnungsanierungen in Verbindung mit einer harmonischen Wohnumfeldgestaltung (Hofgestaltung, Gärten, Spielplätze, etc.) zu vorbildlichen Stadtbereichen mit freundlichem und lebenswertem Charakter entwickelt. Zur Bewältigung der sozialen Probleme der Quartiere sind bauliche und organisatorische Maßnahmen (Stadtteilbüro, Bürgertreff, Soziale Betreuung, Förderung des Vereins- und Kulturwesens) vorgesehen. Im Bereich „Innenstadt“ sind ebenfalls Maßnahmen zum Wohnumfeld und bei der Gemeinwesenarbeit geplant.

Durch Sanierung und Umbau des ehemaligen Lokschuppens mit seinen Nebengebäuden wird eine Plattform für ein multifunktionales Sozialzentrum geschaffen. Der Komplex soll durch die Einrichtung von Schulungsräumen und Werkstätten zur Ausbildung, Weiterqualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen dienen. Gleichberechtigt soll hier ein intensiv genutzter Ausgangspunkt für die Arbeit der Stadtjugendpflege und ein Koordinations- und Vernetzungspunkt für die örtlichen Kultur- und Freizeitorganisationen entstehen.

Die Europäische Union fördert das Projekt Soziale Stadt Dillingen mit insgesamt 4.6 Mio. €

### Ausbildung und Qualifizierung

Die Europäische Union fördert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) auch Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt, Ausbildung, Qualifizierung und Chancengleichheit. Über 10 Mio. € jährlich fließen in unterschiedlichste Projekte von saarländischen Trägern (z.B. Neue Arbeit Saar, Arbeiterwohlfahrt, CEB Akademie Merzig oder die RAG Bildung).

Das Ausbildungszentrum Burbach (AZB) ist im gesamten Stadtverband Saarbrücken tätig und bietet mithilfe des ESF z.B. Hauptschulabschlusskurse für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss an. Außerdem werden jährlich über 100 Jugendliche ausgebildet als Gärtner, Maler, Lackierer, Elektroinstallateur, Tischler, Koch, Gastgewerbefachkraft, Bürokaufmann, Friseur, oder Einzelhandelskaufmann. Berufsberatungen, Berufsvorbereitende Maßnahmen und Qualifizierungen sind weitere Schwerpunkte.



Science Park Saar

### Industrie- und Gewerbegebiete

Die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen im Saarland ist sehr unterschiedlich und steht in engem Zusammenhang mit Ansiedlungserfolgen neuer Firmen. Unternehmen entscheiden sich für einen Standort u.a. dann, wenn genügend Fläche vorhanden ist und die Nachbarschaft wichtiger Partner gegeben ist.

Der Industriepark Saarwellingen liegt im Wirtschaftsraum Saarlouis/Dillingen und verfügt



über eine Fläche von 100 ha. Die Erschließung dieses Areals, das aufgrund seiner Nähe zu den Ford-Werken Saarlouis eine besondere wirtschaftliche Attraktivität hat, wurde von der EU aus dem Regionalfonds gefördert. Mehr als 20 Unternehmen haben sich hier bereits angesiedelt.

In der Gemeinde Eppelborn wird das Gewerbegebiet „A1-Interkommunal“ erschlossen. Im Ortsteil Wiesbach gelegen, ist der direkte Anschluss an die Autobahn gewährleistet. Die Auslegung des Gebietes als interkommunales Gewerbegebiet gemeinsam mit der Gemeinde Illingen bietet die Möglichkeit, Synergieeffekte durch gemeinsame Planung, Erschließung und Vermarktung zu nutzen. Vorteilhaft ist die Bereitstellung größerer zusammenhängender Flächen für neue Ansiedlungen. Eine besondere Attraktivität ergibt sich durch den europäischen Glasfaserknotenpunkt, der für kommunikationsabhängige Unternehmen von hoher Bedeutung ist. Die EU bezuschusst die Erschließung des Gewerbegebietes A1-Interkommunal mit rund 2 Mio. €.

### **Eurozone**

Die Schaffung einer Eurozone an der Goldenen Bremm stellt eine besondere und innovative Maßnahme im Gebiet Moselle-Ost und Saarland dar. Mit Zugang zum deutschen und französischen Markt bietet der Standort Saarbrücken-Forbach beste Voraussetzungen für einen grenzüberschreitenden Dienstleistungs- und Gewerbeпарк. Unternehmen aus Frankreich und Deutschland können hier auf über 100 ha modernste Kommunikationsnetze nutzen und ohne sprachliche, juristische oder verwaltungstechnische Hindernisse den Markt des Nachbarn für sich erschließen. Der Wirtschaftsstandort Saarland erhält mit der Eurozone ein Aushängeschild an binationaler Wirtschaftskooperation. Investoren aus den Bereichen Dienstleistungen, Informationstechnologie und Forschung finden hier einen idealen Standort.

Das Projekt Eurozone wird von den Städten Saarbrücken und Forbach sowie dem saarländischen Ministerium für Wirtschaft und dem Département Moselle getragen. Nach dem Karlsruher Abkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde ein grenzüberschreitender Öffentlicher Zweckverband gegründet, der das seit 1995 laufende Projekt fortführt.

Für die Erschließung der Flächen, den Ausbau von Verbindungsstraßen sowie die Einrichtung einer Geschäftsstelle stellt die EU ca. 2,6 Mio. € zur Verfügung.

Weiter Informationen: [www.eurozone-saarbruecken-forbach.org](http://www.eurozone-saarbruecken-forbach.org)



## Quellennachweis:

- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den EFRE (2006)
- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den ESF (2006)
- Der Nationale Strategische Rahmenplan Deutschlands (2007)
- Das Operationelle Programm des Bundeslandes für den EFRE (Stand: Juli 2007)
- Das Operationelle Programm des Bundeslandes für den ESF (Stand: Juli 2007)



